

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Mechtersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Planungen der Bundesregierung zur Standort-Konversion als Teil der Abrüstungspolitik

Aus finanziellen und personellen Gründen und als Ergebnis der Wiener VKSE-Verhandlungen sind in der Bundesrepublik Deutschland Reduzierungen des Streitkräfteumfangs der Bundeswehr und der Stationierungsstreitkräfte zu erwarten. Dies macht Vorkehrungen in den betroffenen Standorten notwendig.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche kommunalen Vertretungskörperschaften bzw. Landesregierungen sind im Verteidigungsministerium vorstellig geworden, bei Verringerungen der Bundeswehr und den ausländischen Stationierungsstreitkräften ihre Standorte auszusparen?
2. Hat die Bundesregierung Untersuchungen über die beschäftigungs-, finanz- und strukturpolitischen Folgen der Auflösung bzw. Verkleinerung von Standorten angestellt, und erkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit für Strukturprogramme bzw. Sonderhilfen für die betroffenen Städte und Gemeinden?
3. Welche Probleme sieht die Bundesregierung bei der Auflösung von Standorten vor allem in strukturschwachen Gebieten?
4. Welche konkreten Überlegungen, Planungen und Vorhaben hat die Bundesregierung im organisatorischen, administrativen und wissenschaftlichen Bereich zur Bewältigung der Abrüstungsfolgen im Sinne einer „Konversion der Garnisionen“ als integralem Bestandteil einer glaubwürdigen Abrüstungspolitik ergriffen?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Fraktion
DIE GRÜNEN, daß das Unterlassen solcher Konversionsvor-
haben als Ausdruck fehlender Abrüstungswilligkeit interpre-
tiert werden könnte?

Bonn, den 11. September 1989

Dr. Mechtersheimer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion